Entwicklungspolitik

OTTO SCHMUCK

Die Bedeutung der Gemeinschaft in der weltweiten Nord-Süd-Kooperation hat in den letzten Jahren beständig zugenommen: Kamen bereits 1980 etwa 40 % aller von den westlichen Industrieländern erbrachten Hilfeleistungen aus den EG-Staaten, so vergrößerte sich dieser Anteil bis 1982 auf rund 50 %[1]. Diese Veränderung ist weniger auf die verstärkten Anstrengungen der Westeuropäer, als vielmehr auf die signifikante Zurückhaltung anderer Geberländer, allen voran der USA, bei der Mittelgewährung zurückzuführen[2]. Für viele Entwicklungsländer ist Westeuropa heute der einzige ernstzunehmende Verhandlungspartner, wenn es um die Bereitstellung von Mitteln für die technische und finanzielle Zusammenarbeit geht. Von dem 1975 vereinbarten Ziel, 0,7 % des Bruttosozialprodukts für öffentliche Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, sind die Staaten der Gemeinschaft – sieht man von den Niederlanden und Dänemark einmal ab – jedoch noch immer weit entfernt[3].

Der Gemeinschaftsanteil an der von den Mitgliedstaaten aufgebrachten öffentlichen Entwicklungshilfe lag 1981 bei 1 676,3 Mio. von 12 706,5 Mio. US-$, dies entspricht 13,2 % wobei die Tendenz leicht steigend ist[4]. Bei der Bewertung der EG-Entwicklungspolitik sollte man jedoch nicht nur die Finanzhilfe berücksichtigen, sondern auch die Zoll- und Handelspolitik gegenüber der Dritten Welt, die Auswirkungen der gemeinschaftlichen Agrarpolitik und auch die Ausländerpolitik gegenüber Angehörigen der Entwicklungsländer. In diesen Bereichen zeigte sich die Gemeinschaft als harter Verhandlungspartner, der kaum zu Zugeständnissen bereit war.

Die herausragenden Ereignisse 1982

Vom 1.–4. 2. 1982 tagte der Paritätische Ausschuß AKP-EWG in Harrare (ehemals Salisbury), Simbabwe. Neben allgemeinen Fragen der Lomé-Kooperation lag das Schwergewicht der Beratungen auf der Ausgestaltung der zukünftigen Politik gegenüber Südafrika. Der Ausschuß forderte weitreichende politische und wirtschaftliche Sanktionen, um Süd-Afrika zu einer Änderung seiner Apartheids-Politik zu zwingen[5].

Der AKP-EWG Ministerrat tagte vom 13.–14. 5. 1982 in Libreville/Gabun. Themen des Zusammentreffens waren u.a. die nach wie vor schlechte Situation des Stabex-Systems, Fragen der finanziellen und technischen Zusammenarbeit,

handelspolitische Fragen und die Entwicklung des Zentrums für landwirtschaftliche Entwicklung. Die AKP-Minister schlugen als weitere Beratungsgegenstände die Situation der Studenten und Wanderarbeitnehmer aus der AKP-Region in der EG und die Behandlung des Themenkomplexes südliches Afrika vor. Diesem Anliegen widersetzte sich die europäische Seite jedoch, da ihrer Meinung nach diese Aspekte nicht unter die vertraglich geregelten Materien des Abkommens von Lomé fallen[6].

Im Juni 1982 schlug die EG-Kommission ein Sonderprogramm zur Bekämpfung des Hungers in der Welt vor. Von den dafür veranschlagten 184 Mio. ECU sollten 65 Mio. schwerpunktmäßig für Mittelamerika reserviert werden[7].

Am 17. 6. 1982 zog das Europäische Parlament (EP) Bilanz über die bisherigen Auswirkungen seiner Politik gegen den ‚Hunger in der Welt'[8]. Dabei wurden zwei Positionen deutlich: Eine Minderheit der Abgeordneten unter Führung von M. Panella forderte spektakuläre Sofortmaßnahmen in einer Größenordnung von 5 Mrd. ECU, während sich die Mehrheit der Position des Berichterstatters V. Michel und auch Entwicklungskommissars E. Pisanis anschloß, langfristige Strategien zur Ernährungssicherung in der Dritten Welt voranzutreiben[9].

Ein für Juni angesetztes Treffen auf Botschafterebene zur Ankurbelung des ins Stocken geratenen Dialogs EG–Lateinamerika wird wegen der Vorfälle um die Falkland-Inseln auf Antrag mehrerer Länder Lateinamerikas abgesagt[10].

Am 4. 10. 1982 legte die Kommission ein Memorandum zur zukünftigen Ausrichtung der EG-Entwicklungspolitik vor. Darin werden auch erste Vorschläge für die Ausgestaltung von Lomé III entwickelt[11].

Im Oktober 1982 erklärten Angola und Mosambik offiziell, daß sie sich an den Verhandlungen zu Lomé III beteiligen wollen.

Vorbereitet von einer Sitzung des Paritätischen Ausschusses fand vom 3.–5. 11. 1982 die 7. Jahrestagung der Beratenden Versammlung AKP-EWG in Rom statt. Die darin versammelten Parlamentarier aus Europa und der AKP-Region äußerten sich zum Jahresbericht 1981 über die Fortschritte der Kooperation, zum Thema „Hunger in der Welt", zur Zusammenarbeit im Energiebereich, zum Nord-Süd-Dialog, zur kulturellen Kooperation und zur Beziehung der Wirtschafts- und Sozialkreise aus der Gemeinschaft und den AKP-Staaten. Das politisch brisanteste Thema war auch hier ein Bericht zum südlichen Afrika[12].

Im November 1982 genehmigte der Rat eine Erhöhung der technischen und finanziellen Hilfe für Mittelamerika um 30 Mio. ECU, die Mittel sollen für die ländliche Entwicklung und Agrarreformen verwendet werden.

Am 3. 12. 1982 erließ der Rat förmlich eine Verordnung über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung. Im Vorfeld dieser Entscheidung war es zwischen dem Rat und dem Parlament zu Meinungsverschiedenheiten über die Modalitäten der Vergabe gekommen, die auch in einer Konzertierungsrunde nicht beigelegt werden konnten[13].

Die Lomé-Zusammenarbeit

1982 war das zweite Anwendungsjahr von Lomé II. Mit Simbabwe, Belize sowie Antigua und Barbuda traten drei weitere Staaten dem Abkommen bei, die Gesamtzahl der AKP-Länder hat sich damit auf 63 erhöht. Im Oktober 1982 kündigten Angola und Mosambik offiziell an, sie wollten an den im September 1983 beginnenden Verhandlungen zu Lomé III teilnehmen. Damit dürfte der Kreis der potentiellen Verhandlungspartner für die künftige Zusammenarbeit in diesem Rahmen weitgehend geschlossen sein. Eine bedeutsame Ausnahme stellt hier allerdings noch Namibia dar: Die Gemeinschaft hat bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß einem unabhängigen und demokratisch regierten Namibia jederzeit die Tür zur AKP-EWG-Kooperation offensteht. Dominierende Gesprächsthemen in den AKP-EWG-Organen waren 1982 die Probleme der Anwendung des Abkommens, insbesondere hinsichtlich des Stabex-Systems, des Zuckers und der handelspolitischen Schwierigkeiten der AKP-Seite sowie die Frage der zukünftigen Politik gegenüber dem südlichen Afrika.

Die Schwierigkeiten des Stabex-Systems

Besondere Aufmerksamkeit kam weiterhin der Funktionsweise des Stabex-Systems zu. 1981 hatten zulässigen Anträgen in Höhe von 453,1 Mio. ECU nur planmäßige Mittel von 112,1 Mio. ECU gegenübergestanden. Durch die Bereitstellung von weiteren 70,8 Mio. ECU war schließlich ein Gesamtbetrag von 182,9 Mio. ECU verfügbar, der aber nur 42,8 % der Ansprüche decken konnte[14]. Als Hauptgrund für diese anhaltend schlechte Erlössituation wurde der Preisverfall für Kaffee und Kakao geltend gemacht, allein 71,1 % aller für 1981 gezahlten Stabex-Transfers seien für diesen Sektor aufgewendet worden. Wie aus Kommissionskreisen zu erfahren war, sind für das Jahr 1982 keine derart dramatischen Finanzierungslücken zu erwarten wie in den Vorjahren. Die Deckungssumme dürfte für 1982 in etwa zur Befriedigung aller Ansprüche ausreichen. Diese Aussage kann jedoch nur bedingt als positiv gewertet werden. Da Stabex-Berechnungen ohne Inflationsbereinigung erfolgen und zudem die beiden vorausgegangenen ungünstigen Erlösjahre nun in die Referenzperiode eingehen, von der aus sich etwaige Defizite ergeben, verschlechtert sich die reale Einkommenssituation der AKP-Staaten trotz Stabex-Hilfen zusehends. Der Charakter des Stabex-Systems als „Versicherungs-System mit beschränkter Haftung" wird dadurch einmal mehr unterstrichen[15]. Interessant ist es, wenn die Kommission selbst zur dauerhaften Lösung des Problems die Errichtung weiterer Rohstoff-Fonds fordert: „Da das Stabex-System erst in zweiter Linie, sozusagen als Rettung nach der Marktsteuerung über die Rohstoffabkommen interveniert, ist es von grundlegender Bedeutung, die Zahl und die Wirksamkeit der Rohstoffabkommen zu erhöhen, wenn das System auf Kosten anderer Kooperationsinstrumente nicht zu teuer werden soll."[16] Damit wird in der langjährigen Anwendung deutlich, daß die Stabex-Lösung zur Errichtung von Fonds keine Alternative darstellt.

Südliches Afrika

Die AKP-Staaten unterstützen einhellig die Forderungen nach Sanktionen gegenüber der Republik Südafrika, nach möglichst rascher Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit und nach wirtschaftlicher Unterstützung der SADCC, einem regionalen Zusammenschluß von neun Staaten im südlichen Afrika[17], durch die EG. Die Reaktion der Europäer auf diesen Forderungskatalog ist uneinheitlich: Die EP-Abgeordneten in den beratenden Gremien AKP-EWG unterstützen mehrheitlich die genannten Postulate, das Parlamentsplenum kann sich dem Verlangen nach umfassenden Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika nicht anschließen und der Ministerrat AKP-EWG weigert sich bislang schlichtweg, sich mit der Thematik Südafrika zu befassen.

Die Beratende Versammlung hatte sich am 4. 11. 1982 in Rom eindeutig für Boykottmaßnahmen gegen Südafrika ausgesprochen, die die Lieferung von Waffen, Erdöl und Spitzentechnologie umfassen sollten. Europäische Firmen wurden aufgefordert, von weiteren Investitionen in Südafrika abzusehen, die wirtschaftliche Kooperation sei einzuschränken. Die Rolle der SWAPO und des ANC wurde ausdrücklich gewürdigt, „. . . die in Namibia bzw. in Südafrika für die Schaffung einer auf die Geltung der menschlichen Grundrechte gegründeten nichtrassistischen Gesellschaft kämpften . . ."[18]. Obwohl die AKP-Seite dies mehrmals vorgeschlagen hatte, lehnten es die Europäer im Ministerrat AKP-EWG bislang ab, das Thema Südafrika aufzugreifen. Auch das EP übernahm die Aussagen der Beratenden Versammlung nicht in dieser Schärfe[19].

In der Behandlung des Themenkomplexes Südliches Afrika deutet sich die zunehmende Politisierung der Lomé-Zusammenarbeit insgesamt an. Die AKP-Seite nutzt mehr und mehr die vorhandenen Gremien als Diskussionsforen zur Erörterung allgemeiner Entwicklungsfragen, wie beispielsweise der Weiterentwicklung des Nord-Süd-Dialogs, der Situation der Gastarbeiter und Studenten aus der Dritten Welt in der Gemeinschaft und der Anprangerung der Apartheids-Politik der Republik Südafrika[20]. Strategie der AKP-Staaten ist es dabei offensichtlich, anstehende Themen zunächst in den parlamentarischen Gremien Paritätischer Ausschuß und Beratende Versammlung vorzudiskutieren, um sie dann dem Ministerrat als dem Beschlußgremium mit dem Hinweis vorzulegen, die Europa-Parlamentarier hätten sich zu der betreffenden Materie bereits geäußert, nun solle auch der Rat Stellung nehmen und praktische Konsequenzen ziehen. Bislang weigern sich die europäischen Vertreter im Ministerrat noch, andere Bereiche, als die im Lomé-Vertrag ausdrücklich genannten, zu diskutieren, doch sind Spannungen bei einem Festhalten an dieser legalistischen Position unausweichlich. Anders als die europäischen Minister verstehen die EP-Abgeordneten in ihrer Mehrzahl ihren Auftrag allgemeinpolitisch und sehen gerade in der Behandlung allgemeiner außen- und entwicklungspolitischer Fragen einen Arbeitsschwerpunkt, wobei auch der Menschenrechtsproblematik erhebliche Bedeutung zukommt[21].

Weltweite Nord-Süd-Kooperation

Im Bereich der Handelspolitik zeigte sich die EG 1982 zu kleineren Zugeständnissen bereit. So können nunmehr auf Drängen des EP die am wenigsten entwickelten Länder im Hinblick auf landwirtschaftliche Exporte in die Gemeinschaft, auf die keine Abschöpfungen oder ähnliche Abgaben erhoben werden, die gleichen Vergünstigungen wahrnehmen wie die AKP-Staaten[22]. Weniger konziliant zeigte sich die EG im Textilbereich: In Ergänzung zum Multifaserabkommen wurden verschiedene Entwicklungsländer zum Abschluß von weitreichenden bilateralen Selbstbeschränkungsabkommen gedrängt[23].

Im Jahre 1982 wurden 662,3 Mio. ECU gegenüber 625,5 Mio. in 1981 für die Nahrungsmittelhilfe bereitgestellt. Der Mittelansatz für die technische und finanzielle Zusammenarbeit mit den sogenannten nichtassoziierten Entwicklungsländern in Lateinamerika und Asien betrug 1982 185 Mio. ECU, noch immer viel zu wenig für den Kreis von Empfängern, der für diese Hilfe in Betracht kommt. Die Mittel des Programms wurden 1982 zu 75 % Asien, zu 20 % Lateinamerika und zu 5 % den nichtassoziierten Ländern Afrikas zugeteilt[24].

Als Konsequenz der umfangreichen Diskussionen der EG-Institutionen zum Thema „Hunger in der Welt" schlug die Kommission im Juni 1982 ein Sonderprogramm mit einem Finanzvolumen von 184 Mio. ECU vor. Die Mittel sollten für Sofortmaßnahmen im Bereich der Nahrungsmittelhilfe, zur Zusammenarbeit mit bestimmten Ländern, die über eine klar definierte Ernährungsstrategie verfügen, und auch für eine Reihe von thematischen Aktionen, wie Programmen zur Wiederaufforstung, zur Wasserversorgung oder auch zur Bekämpfung der Wüstenerrosion, bereitgestellt werden. Das Parlament unterstützte, trotz der seiner Meinung nach zu geringen Mittelausstattung, den Kommissionsplan. Auch der Rat begrüßte das Programm grundsätzlich, kürzte allerdings den zur Verfügung gestellten Betrag noch von 184 Mio. auf 101 Mio. ECU. Eine darin enthaltene Sonderhilfe für Mittelamerika wurde von 65 Mio. ECU auf 30 Mio. zusammengestrichen[25].

Die Kooperation mit Lateinamerika insgesamt kühlte 1982 wegen der Auseinandersetzung um die Falkland-Inseln erheblich ab. Ein zunächst für Juni angesagtes Treffen von Gemeinschaftsvertretern mit den bei der EG akkreditierten Botschaftern Lateinamerikas zur Ankurbelung des ins Stocken geratenen Dialogs EG-Lateinamerika mußte kurzfristig abgesagt werden[26]. Erst im Oktober kam es wieder zu derartigen Kontakten.

Das Memorandum der Kommission vom 4.10.1982

Der für den Bereich der Entwicklungspolitik zuständige EG-Kommissar E. Pisani legte im Oktober ein ehrgeiziges Programm zur zukünftigen Ausgestaltung der gemeinschaftlichen Nord-Süd-Politik vor[27]. Ausgehend von einer nüchternen Bestandsaufnahme der bisherigen Aktivitäten in diesem Bereich werden die Leitlinien der künftigen Entwicklungspolitik der EG vorgestellt. Demnach

will die EG-Kommission auch in Zukunft an den beiden Grundpfeilern Lomé-Politik und gleichzeitigem Ausbau der weltweiten Entwicklungskooperation festhalten. Vier Punkte werden in dem Programm besonders herausgestellt:

- Erstens soll die EG-Entwicklungspolitik stärker an klar definierten Entwicklungszielen ausgerichtet werden. Die Prioritäten werden dabei im Bereich der agrarischen Selbstversorgung und in der regionalen Zusammenarbeit mehrerer Entwicklungsländer gesetzt.
- Zweitens soll in der künftigen Kooperation mehr noch als bisher das Prinzip des Dialogs gelten. EG-Dienststellen und nationale Behörden der betroffenen Entwicklungsländer legen gemeinsam die Inhalte der Entwicklungsplanung und die von beiden Seiten zu erbringenden Leistungen fest.
- Drittens wird das Prinzip der Überschaubarkeit und Berechenbarkeit in der Entwicklungszusammenarbeit betont. Hierzu gehöre es auch, daß die von der Gemeinschaft aufzubringenden Mittel für die finanzielle Zusammenarbeit nach einem festen Schlüssel erbracht werden sollen, der sich am wirtschaftlichen Wachstum der Gemeinschaft orientiert. Als Richtgröße wird in dem Papier die Zahl von 0,1 % des Bruttosozialproduktes genannt[28]. Zur Erreichung dieses Ziels sollen die Mittel für die finanzielle Zusammenarbeit stufenweise verdoppelt werden.
- Viertens schließlich wird im Hinblick auf die Lomé-Kooperation eine Weiterführung dieser Zusammenarbeit befürwortet. Allerdings soll der Abschluß von Lomé III ohne zeitliche Befristung erfolgen. Bestimmte Zusatzprotokolle, wie auch etwa dasjenige bezüglich der finanziellen Regelungen, müßten allerdings periodisch erneuert werden.

Ziel des Kommissions-Memorandums ist es, auch angesichts knapper werdender Finanzmittel und angesichts der im Gang befindlichen Süderweiterung der EG, eine kohärente und sinnvolle Entwicklungspolitik der Gemeinschaft sicherzustellen. Richtungsweisend könnte dabei der Vorschlag sein, die vorhandenen Mittel konzentriert für Schwerpunktprogramme, etwa im Bereich der Nahrungsmittelselbstversorgung, einzusetzen, und diese Programme zudem gemeinsam mit den betroffenen Entwicklungsländern auszuarbeiten und in die Praxis umzusetzen. Erste Pilotprogramme hierzu sind bereits angelaufen[29]. Der Rat äußerte sich zu dem Programm insgesamt positiv, machte allerdings bezüglich der vorgesehenen Mittelausweitungen und der unbefristeten Verlängerung des Lomé-Abkommens Bedenken geltend[30].

Bilanz und Ausblick

Die Grundlinien der EG-Entwicklungspolitik liegen fest. Weder ist in absehbarer Zeit mit einer weitreichenden Europäisierung in diesem Politikbereich zu rechnen, wie sie etwa im Tindemans-Bericht von 1975 gefordert worden war und wie sie auch zur Zeit im Institutionellen Ausschuß des EP diskutiert wird[31], noch dürften die Verhandlungen für ein drittes Lomé-Abkommen entscheidende Veränderungen bringen.

Im Rückblick auf die EG-Entwicklungspolitik des Jahres 1982 zeigen sich jedoch auch einige Verschiebungen und Neuansätze, die auch längerfristig von Bedeutung sein werden. So könnte die technische und finanzielle Zusammenarbeit der Gemeinschaft durch die angestrebte stärkere inhaltliche Ausrichtung auf Ziele, wie Sicherstellung der agrarischen Selbstversorgung und regionale Kooperation mehrerer Entwicklungsländer, der EG in Zukunft ein spezifisches Image verschaffen und sehr zur Profilierung der Gemeinschaft in der Nord-Süd-Kooperation beitragen. Interessante Entwicklungen bahnen sich auch dadurch an, daß die Arbeit der AKP-EWG-Institutionen zunehmend politischer wird und dadurch größere Konfliktpotentiale beinhaltet. Ob es der europäischen Seite im Ministerrat gelingen wird, ihre Position beizubehalten, wonach nur Materien zu behandeln sind, die eindeutig im Lomé-Vertrag genannt werden, bleibt abzuwarten.

Anmerkungen

1 Bereits 1981 wurden 12706,5 Mio. US-$ des insgesamt von den DAC (development Assistance Committee)-Ländern aufgebrachten Betrages von 25635,2 Mio. US-$ von den EG-Staaten geleistet, dies entspricht 49,6%. Zahlenangaben aus: Fünfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, hrsg. vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn, März 1983, S. 170 f.

2 Laut Weltbank sanken die Leistungen der USA für öffentliche Entwicklungshilfe von 7,138 Mrd. US-$ in 1980 auf 5,760 Mrd. US-$ in 1981, diese Tendenz hält an; vgl. Banque mondiale, Rapport sur le développement dans le monde 1982, Washington DC 1982, S. 156.

3 Beispielsweise vergab die Bundesrepublik Deutschland 1981 0,46% des BSP als öffentliche Entwicklungshilfe, Großbritannien 0,35%, Belgien 0,5%, Italien 0,17%; Quelle: Banque mondiale 1982, a.a.O., S. 156.

4 Berechnungen nach Angaben des Fünften Berichts zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung 1983, a.a.O., S. 170f.

5 Vgl. Bulletin d'Afrique, Nr. 10692 vom 4.2.1982; siehe auch „Euro-MPs move towards sanctions on S Africa", in: The Times vom 10.2.1982; „Les pays A.C.P. intégrent les Dix à leur lutte anti-sud-africaine", in: Le Soir vom 10.2.1982.

6 Siehe Kommission der EG (Hrsg.), 16. Gesamtbericht über die Tätigkeiten der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel/Luxemburg 1983, Ziff. 752; vgl. auch Bulletin der EG, 4/1982, Ziff. 2.2.51 und Bulletin der EG, 5/1982, Ziff. 2.2.51.

7 Siehe Dok. KOM (82) 320; das EP setzte sich mit Nachdruck für das Sonderprogramm für Mittelamerika ein, um eine langfristige Orientierung der EG hin zu Lateinamerika deutlich zu machen; vgl. Bericht Wieczorek-Zeul, Sitzungsdokumente des EP 1-645/82.

8 Siehe Bericht Michel, Sitzungsdokumente des EP 1-281/82/KORR.

9 Siehe ABl. der EG, Verhandlungen des EP, Anhang 1-286, S. 113–147.

10 Siehe Bulletin der EG, 6/1982, Ziff. 2.2.68.

11 Siehe Bulletin der EG, Beilage 5/1982.

12 Vgl. das Protokoll der Sitzung in ABl. der EG, C 39 v. 10.2.1983, S. 8f. und 21ff.

13 Siehe ABl. der EG, L 352 v. 14.12.1982, S. 1–4. Streitpunkt war hier, ähnlich wie bereits in der Konzertierung zur Rahmenverordnung der Nichtassoziiertenhilfe, die Frage, wer die letzte Entscheidungsbefugnis bei der Mittelvergabe haben sollte, die Kommission oder die von nationalen Vertretern beschickten Verwaltungsausschüsse; Einzelheiten hierzu siehe bei Otto Schmuck, Entwicklungspolitik, in: Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1981, Bonn 1982, S. 279–290, hier S. 286f.

14 Siehe 16. Gesamtbericht der EG, a.a.O., Ziff. 760.

15 Zu Funktionsweise und Kritik des Stabex-Systems siehe: O. Matzke, „Stabex" – ein fragwürdiges Modell der Exporterlös-Stabilisierung, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, Bonn 1976, H. 10, S. 10–13; H. Hasenpflug, The Stabilisation of Export-Earnings in the Lomé-Convention. A Model Case, in: The new international economic order, 1977, S. 165–174; J.C. Muller, L'instabilité des recettes d'exportation des pays en voie de développement (PVD), maux et remédes, in: Revue du Marché commun, Paris 1981, Nr. 252, S. 561–605.

16 Zit. aus: 16. Gesamtbericht der EG, a.a.O., Ziff. 762.

17 Folgende Länder gehören der „Konferenz zur Koordinierung der Entwicklung im südlichen Afrika" (SADCC) an: Angola, Botsuana, Lesotho, Malawi, Mosambik, Sambia, Simbabwe, Swasiland und Tansania; vgl. Kommission der EG, Generaldirektion Information (Hrsg.), Die Europäische Gemeinschaft und das südliche Afrika, Brüssel, Dezember 1981 (= Europa-Information Entwicklung X/334/81).

18 Das Zitat stammt aus der Entschließung der Beratenden Versammlung AKP-EWG vom 4.11.1982, in: ABl. der EG, C 39 vom 10.2.1983, S. 24, Ziff. 20.

19 In der Februar-Sitzung 1983 des EP wurde der Bericht Scott-Hopkins über das südliche Afrika beraten, in: Sitzungsdokumente des EP 1-657/82. Nach einer äußerst kontroversen Debatte konnte sich die Mehrheit der Abgeordneten nicht dazu entschließen, die Beschlüsse der Beratenden Versammlung hinsichtlich drastischer politischer und wirtschaftlicher Sanktionen gegen Südafrika zu bestätigen, obwohl der entwicklungspolitische Ausschuß diese Maßnahmen ausdrücklich noch einmal befürwortet hatte; vgl. ABl. der EG, Verhandlungen des EP, Anhang 1–294.

20 Vgl. T. Shaw, EEC-ACP Interactions and Images as Redefinition of Eurafrica: Exemplary, Exclusive and/or Exploitive? In: Journal of Common Market Studies, Oxford 1982, Nr. 2, S. 135–158, bes. S. 144ff.

21 Vgl. N. Gresch, Die außenpolitischen Funktionen der EP-Fraktionen: Ein doppeltes Rollenverständnis, in: Integration, Institut für Europäische Politik, Bonn 1983, H. 1, S. 24–33.

22 Siehe 16. Gesamtbericht der Kommission, a.a.O., Ziff. 736.

23 Bis zum Oktober 1982 schloß die EG derartige Abkommen mit 18 von 27 Ländern ab: Thailand, Pakistan, Sri Lanka, Bangladesch, Indien, Guatemala, Uruguray, Haiti, Mexiko, Rumänien, Polen, Ungarn, CSSR, Bulgarien, Kolumbien, Jugoslawien, Peru und Ägypten.

24 Siehe 16. Gesamtbericht der EG, a.a.O., Ziff. 768–770.

25 Ebenda, Ziff. 723.

26 Siehe Bulletin der EG, 6/1982, Ziff. 2.2.68.

27 Veröffentlicht im Bulletin der EG, Beilage 5/1982, Dokument Nr. 10 in diesem Band; siehe auch die Artikel von Dieter Frisch, Plädoyer für einen neuen Ansatz und Wolf Donner, Ein Schritt in die richtige Richtung, in: EG-Magazin, Bonn, Dezember 1982, S. 8–14.

28 Dieses ist nicht zu verwechseln mit dem im UNO-Rahmen vereinbarten Ziel der Industriestaaten, 0,7% ihres BSP als öffentliche Entwicklungshilfe bereitzustellen. Nach den Kommissionsplänen sollen die EG-Staaten 0,1 % dieser nach wie vor angestrebten 0,7 % über die Gemeinschaftsinstitutionen vergeben.

29 Pilotprogramme wurden mit Kenia, Mali, Sambia und Ruanda vereinbart.

30 Vgl. „Bonner Vorbehalte gegen unbefristete Verlängerung", in: Handelsblatt vom 9.11.1982; „EEC members cool on Pisani proposals to double foreign aid", in: Financial Times vom 10.11.1982.

31 Vgl. Werner Weidenfeld (Hrsg.), Nur verpaßte Chancen? Die Reformberichte der Europäischen Gemeinschaften, Bonn 1983, S. 18–32 u. S. 64–72.

Weiterführende Literatur

Becker, Jürgen, Die Partnerschaft von Lomé. Eine neue zwischenstaatliche Kooperationsform des Entwicklungsvölkerrechts, Baden-Baden: Nomos 1979.

Cosgrove-Twitchett, Carol, A Framework for Development: The EEC and the ACP, London u.a.: George Allen and Unwin 1981.

Dauderstädt, Michael u.a., EG-Politik der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Perspektiven im Lichte des Wandels der Nord-Süd-Beziehungen und der EG-Fortentwicklung, München u.a.: Weltforum-Verlag 1982.

Faber, Gerrit, The European Community and development Cooperation. Integration in the light of development policies of the Community and its member states, Assen: Van Gorcum 1982.

Dies., The Third World and the EEC. Den Haag: Novib 1982.

Frey-Wouters, Ellen, The European Community and the Third World, The Lomé-Convention and its Impact, New-York: Praeger Publishers 1980.

Friedrich, Bernd u.a., Entwicklungspolitik der EG, Für eine neue Weltwirtschaftsordnung oder neue Regionalisierung der Weltwirtschaft? Frankfurt (Main)/New York: Campus-Verlag 1980.

Meyer, Klaus, Die zweite Konvention von Lomé. Die Europäische Gemeinschaft und die Nord-Süd-Frage, in: Europa-Archiv, Bonn 1980, Folge 1, S. 11–20.

Stevens, Christopher (Hrsg.), EEC and the Third World: A survey 2, Hunger in the World, London u.a.: Hodder and Stoughton 1982.